

TOP 4 – Haushaltsberatungen/Beschlüsse über die Anträge der Fraktionen zum Doppelhaushalt 2026/2027

Anträge UBL

- Die vorgesehene **Generalsanierung des Diebsturm** (500 T€) soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, um Spielräume bei der Liquidität, v.a. für 2027, freizuhalten.
- Wir wissen nicht, was in den beiden Jahren noch auf uns zukommen wird. Deshalb ist es notwendig, die Liquidität zu stärken und nicht zu schwächen.
- Die Prioritäten müssen bei den Investitionen und Instandhaltungen der Pflichtaufgaben liegen.
- Die Denkmalpflege gehört nicht dazu, auch wenn es wünschenswert wäre, dass der Diebsturm saniert wird.
- Wenn sich später Spielräume dafür öffnen, kann man immer noch die Sanierung umsetzen.
- Antrag: Die UBL beantragt, die geplante Investition in die Sanierung des Diebsturms mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung hat Förderanträge für den Denkmalschutz angefordert und sieht vor, diese in den Haushalt einzustellen. Sobald über die Förderanträge entschieden wurde und absehbar ist, wie hoch die Fördersumme genau sein wird, entscheidet der Gemeinderat gesondert darüber, inwieweit Mittel bereitgestellt werden und die Sanierung sukzessive umgesetzt werden kann.

Ergebnis: UBL-Stadtrat Hartmut Fricke konnte diesem Vorgehen zustimmen. Mit großer Mehrheit wurde der Beschlussvorschlag angenommen.

Unter den Transferaufwendungen im Teilhaushalt 1 für

Gesundheitsförderung/Prävention sind Beträge i.H. v. 250 T€ (2026) und 50 T€ (2027) eingeplant. Für die UBL sind diese Summen aufgrund der defizitären Entwicklung der städtischen Gesellschaften viel zu niedrig angesetzt.

- Wie wir alle wissen, wären die Gesundheitscampus GmbH und die MVZ GmbH ohne die finanzielle Unterstützung der Stadt nicht überlebensfähig.
- Abgesehen von den Fehlentwicklungen: Auch wenn es sich um Freiwilligkeitsleistungen handelt, sind die beiden Gesellschaften mittlerweile zu einem wichtigen Element des örtlichen Gesundheitswesens geworden. Ohne sie wäre die defizitäre Versorgungslage der Region noch schlimmer und das St. Marienhaus hätte am Standort Waldshuter Straße schließen müssen.

- Deshalb ist es unerlässlich, für die kommenden Haushaltsjahre eine saubere Planung aufzustellen, die die jeweiligen Verlustübernahmen klar abbildet und die Liquidität der Stadt nicht durch ständiges Zuschießen aus dem laufenden Haushalt belastet.
- Vor dem Hintergrund, dass die Jahresabschlüsse 2024 und 2025 noch nicht vorliegen, wir aber realistischerweise davon ausgehen müssen, dass die Stadt abermals massive Verluste ausgleichen muss, dürfen die einzuplanenden Zuschüsse nicht ins Unermessliche abgleiten.
- Wir brauchen Planungssicherheit!
- Natürlich kann es keinen Freibrief geben, immer so weiterzumachen, wie bisher. In der Planung für die nachfolgenden Haushaltsjahre müssen die Ansätze deutlich niedriger ausfallen und die beiden Gesellschaften müssen zwingend wirtschaftlicher arbeiten. Anderenfalls müssen andere Lösungen her.
- Wir werden also weiterhin Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Strukturen zu erhalten. Die entscheidenden Fragen dabei sind:
 - Wollen wir ein Gesundheitsstandort bleiben? Und:
 - Kann sich die Stadt es leisten?
- Für die nächsten zwei Haushaltsjahre halte ich die genannten Summen im UBL-Antrag für angemessen.

Antrag der UBL: Im Haushalt werden 500 T€ (2026) sowie 250 T€ (2027) für Transferleistungen zum Ausgleich der defizitären Gesellschaften veranschlagt.

Ergebnis:

Die Verwaltung hat die Planung korrigiert und im Doppelhaushalt für die Transferleistungen (Zuschüsse Gesundheitscampus GmbH und MVZ GmbH) i.H.v. 600 T€ im Jahr 2026 und 450 T€ für das Jahr 2027 eingestellt. Dieses Vorgehen fand im Gemeinderat breite Zustimmung.